



Europäische
Kommission



Bürgerdialoge und Bürgerkonsultationen

**Wichtigste
Schlussfolgerungen**



30. April 2019



Inhalt

Eine Union der Bürgerinnen und Bürger	5
Aufruf für ein florierendes Europa	8
1. Ein Europa, das schützt	11
2. Bewältigung der Migration	12
3. Eine dynamische Wirtschaft	13
4. Klima- und Umweltschutz.....	14
5. Ein Europa der Werte	15
6. Eine Perspektive für die jüngere Generation.....	16
7. Eine stärkere EU in der Welt	17
Bürgerschaftliches Engagement und Politikgestaltung	18



„Die Europäische Union ist in erster Linie eine Union der Bürgerinnen und Bürger. Sie sind das Herz, die Seele und die treibende Kraft unseres Projekts.“

Jean-Claude Juncker, 11. Dezember 2018

Der vorliegende Bericht beruht auf den Beiträgen hunderttausender Bürgerinnen und Bürger, die sich in etwa 1600 Bürgerdialogen und in Online-Konsultationen über die Zukunft Europas zu Wort gemeldet haben.

Der Bericht soll den Staats- und Regierungschefs der EU-27 bei ihrem informellen Treffen in Sibiu (Hermannstadt) als Reflexionsgrundlage dienen. Das Feedback der Bürger und die Interaktion mit ihnen flossen auch in den Beitrag der Kommission zur strategischen Agenda ein, die von den Staats- und Regierungschefs im Juni 2019 verabschiedet wird (*Europe in May 2019: Preparing for a more united, stronger and more democratic Union in a more uncertain world – Europa im Mai 2019: Vorbereitungen für eine einigere, stärkere und demokratischere Union in einer zunehmend unsicheren Welt*).

Eine Union der Bürgerinnen und Bürger

Das Zugehen auf die Bürgerinnen und Bürger und die Aufgeschlossenheit für ihre Erwartungen, Sorgen und Ideen war von Beginn an ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit dieser Kommission. In den Mandatsschreiben, die allen Kommissionsmitgliedern zu Beginn ihrer Amtszeit übermittelt wurden, wurden diese ausdrücklich dazu aufgerufen „in den Mitgliedstaaten politisch aktiv zu sein und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, die gemeinsame Agenda vorzustellen und zu erläutern, neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen zu sein und mit den Interessenträgern in Kontakt zu treten“. Das von Präsident Juncker am 1. März 2017 vorgestellte **Weißbuch zur Zukunft Europas**¹ leitete mit einer Reihe von Optionen für die zukünftige Entwicklung unserer Union eine neue Phase ein und förderte damit einen bisher nicht dagewesenen Meinungs austausch in ganz Europa.



„Dieses Weißbuch soll eine ehrliche und umfassende Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber anstoßen, in welche Richtung sich Europa in den kommenden Jahren entwickeln sollte. Zusammen mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten wird die Europäische Kommission in den nationalen Parlamenten, Städten und Regionen Europas eine Reihe von „Debatten über die Zukunft Europas“ veranstalten. Die Ideen und die Entschlossenheit von Hunderten Millionen Europäern werden der Katalysator unseres Fortschritts sein.“

Seit die Kommission Juncker ihr Amt angetreten hat, haben 1572 Bürgerdialoge² an 583 Orten stattgefunden. Zudem startete die Kommission am 9. Mai 2018 eine Online-Konsultation zur Zukunft Europas. Die Fragen waren von einem Bürgerpanel entworfen worden, das die Vielfalt Europas repräsentierte.

Die Europäische Kommission nahm an den zwanzig hochkarätigen Debatten teil, die das Europäische Parlament mit nationalen Staats- und Regierungschefs veranstaltete, sie begrüßte die wichtigen Projekte des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen³ und unterstützte aktiv die Bürgerkonsultationen der Mitgliedstaaten. All diese Initiativen sowie die Initiativen, die von anderen politischen Einrichtungen oder der Zivilgesellschaft veranstaltet wurden, ergänzen einander umfassend.

Im Dezember 2018 legte die Kommission dem Europäischen Rat einen Fortschrittsbericht über die Bürgerdialoge und die Bürgerkonsultationen⁴ vor. Darin wies sie sieben Schlüsselbereiche aus, in denen die Europäerinnen und Europäer hohe Erwartungen an die Union haben. Zum ersten Mal wurden in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats die Bürgerdialoge und -konsultationen begrüßt und direkt mit der Vorbereitung der strategischen Agenda in Verbindung gebracht.

1 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/white_paper_on_the_future_of_europe_en.pdf

2 Zwei Bürgerdialoge wurden im Stil von Bürgerversammlungen veranstaltet. Der allererste fand am 27. September 2012 in der spanischen Hafenstadt Cádiz mit der damaligen Vizepräsidentin Viviane Reding statt. Sie wurden ab 2013 von der Europäischen Kommission weiterentwickelt.

3 <https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/Reflecting-on-Europe.aspx>

4 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/eu-progress-report-consultations-111218_de.pdf

Das Weißbuch zur Zukunft Europas

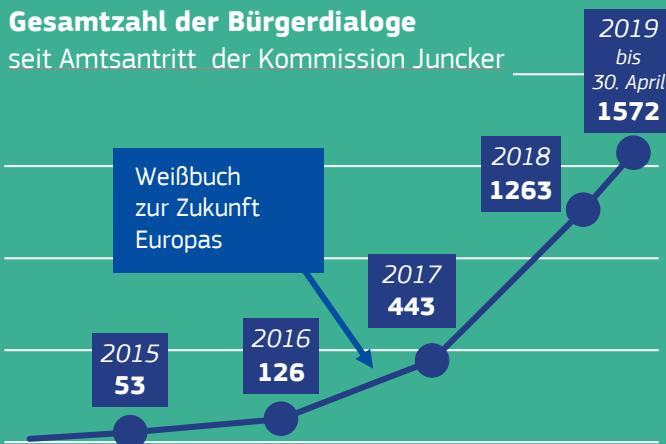
In dem von Präsident Juncker am 1. März 2017 vorgestellten Weißbuch wurden fünf mögliche Szenarien für die Zukunft unserer Union der 27 vorgeschlagen. Diese hatten keinen verbindlichen Charakter, erhoben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und schlossen einander nicht aus; sie sollten die Grundlage für eine umfassende Debatte bilden.

SZENARIEN					
	Weiter wie bisher	Schwerpunkt Binnenmarkt	Wer mehr will, tut mehr	Weniger, aber effizienter	Viel mehr gemeinsames Handeln
WAS BRINGT DAS MIT SICH?	<p>Die EU der 27 setzt die derzeitige Reformagenda um und baut sie aus. Die Prioritäten werden regelmäßig aktualisiert, Probleme werden angegangen, sobald sie auftreten, und neue Rechtsvorschriften entsprechend eingeführt.</p>	<p>Die EU der 27 vertieft lediglich Schlüsselaspekte des Binnenmarktes.</p>	<p>Die EU der 27 ermöglicht es willigen Mitgliedstaaten, in bestimmten Politikbereichen mehr gemeinsam zu tun. Dann vereinbaren Mitgliedstaaten spezifische rechtliche und haushaltspolitische Vorkehrungen zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit. Im Laufe der Zeit können sich weitere Mitgliedstaaten anschließen.</p>	<p>Die einvernehmliche Einsicht, dass bestimmte Prioritäten gemeinsam besser anzugehen sind, bewirkt, dass die EU der 27 ihre Aufmerksamkeit und ihre Ressourcen darauf ausrichtet, in ausgewählten Politikfeldern mehr und schnellere Ergebnisse zu erzielen; in anderen Bereichen ist sie nicht mehr oder in geringerem Umfang tätig.</p>	<p>Die Mitgliedstaaten teilen in sämtlichen Politikfeldern mehr Kompetenzen und Ressourcen und treffen Entscheidungen gemeinsam, der Euro wird gestärkt, und Entscheidungen auf EU-Ebene werden rasch durchgesetzt.</p>

Die Bürgerdialoge

Gesamtzahl der Bürgerdialoge

seit Amtsantritt der Kommission Juncker



194 000 Teilnehmer



1,6 Millionen Zuschauer
über Livestream

Die Online-Konsultation



**Eine europaweite
mehrsprachige
Konsultation**



12 Fragen
(geschlossene und
offene Fragen)



unterstützt durch
**Aktivitäten in den
sozialen Medien**



87 000
Teilnehmer

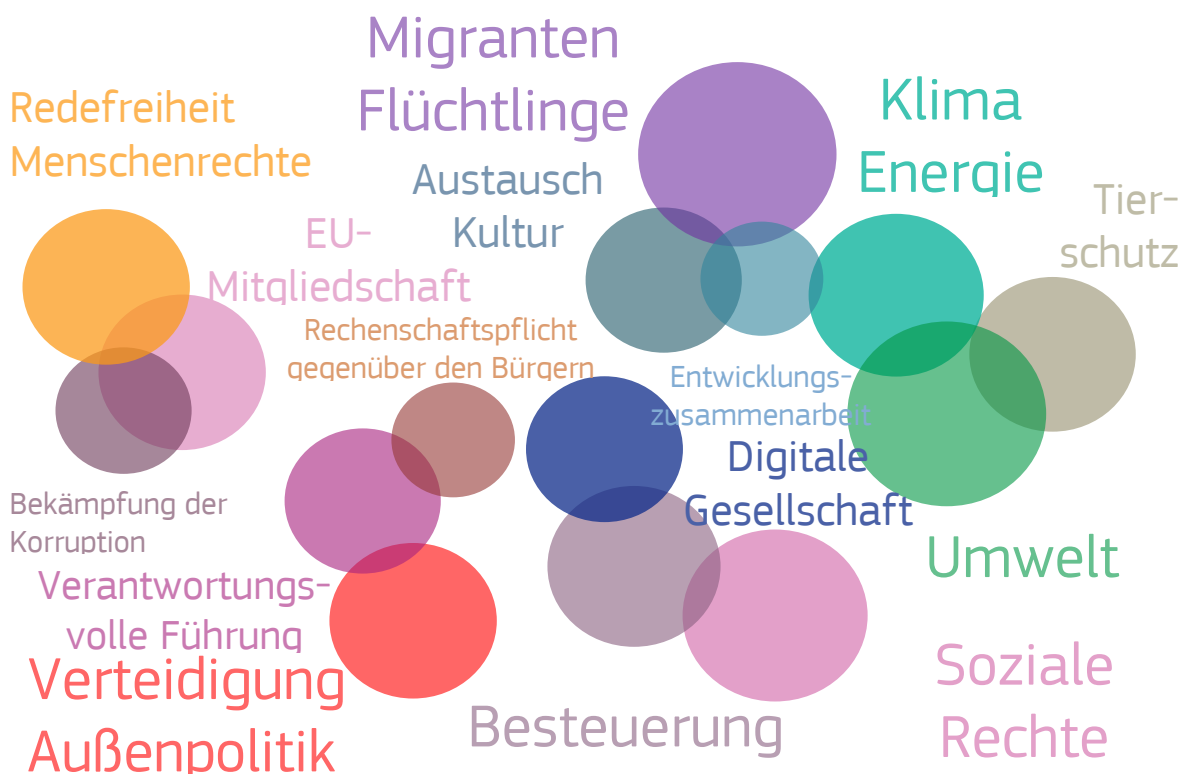
Ein Aufruf für ein florierendes Europa



Die Schlussfolgerungen der Bürgerdialoge und der Online-Konsultation zur Zukunft Europas gehen in dieselbe Richtung und entsprechen trotz der Vielfalt der Formate den Schlussfolgerungen der Mitgliedstaaten aus ihren eigenen Dialogen und Konsultationen.

In der Gesamttendenz wurde die Europäische Union positiv wahrgenommen. Meinungsumfragen brachten ähnliche Ergebnisse. Nach einer Eurobarometer-Umfrage unter repräsentativen Stichproben aus der Bevölkerung halten 62 % Prozent der Europäer die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union für etwas Gutes – das ist das höchste Zustimmungsniveau in den letzten 27 Jahren. Nur 11 % bewerten die Mitgliedschaft in der Union als etwas Schlechtes, die übrigen sind neutral. Die Eurobarometer-Umfrage zeigt auch, dass das Vertrauen in die Europäische Union zwischen dem Frühjahr 2014 und dem Herbst 2018 um elf Prozentpunkte (von 31 % bis 42 %) gestiegen ist, womöglich als Ergebnis des neuen Ansatzes, bei europäischen Initiativen den Schwerpunkt auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu legen. Das Vertrauen in das Europäische Parlament und die Europäische Kommission stieg ebenfalls um jeweils elf Prozentpunkte auf 48 % bzw. 43 %. Im selben Zeitraum nahmen die Vertrauenswerte für die nationalen Regierungen um acht Prozentpunkte auf 32 % zu.

Die europäische Union wird als **legitim** und als die Ebene angesehen, auf der **globale Herausforderungen** am wirksamsten bewältigt werden können. Auf die Frage, welche Entscheidungen auf europäischer Ebene sie stolz darauf machen würden, Bürger der EU zu sein, nannten die Teilnehmer an der Online-Konsultation spontan Entscheidungen auf den Gebieten **Umwelt- und Klimaschutz, Migration und Flüchtlinge sowie Außen- und Verteidigungspolitik**.

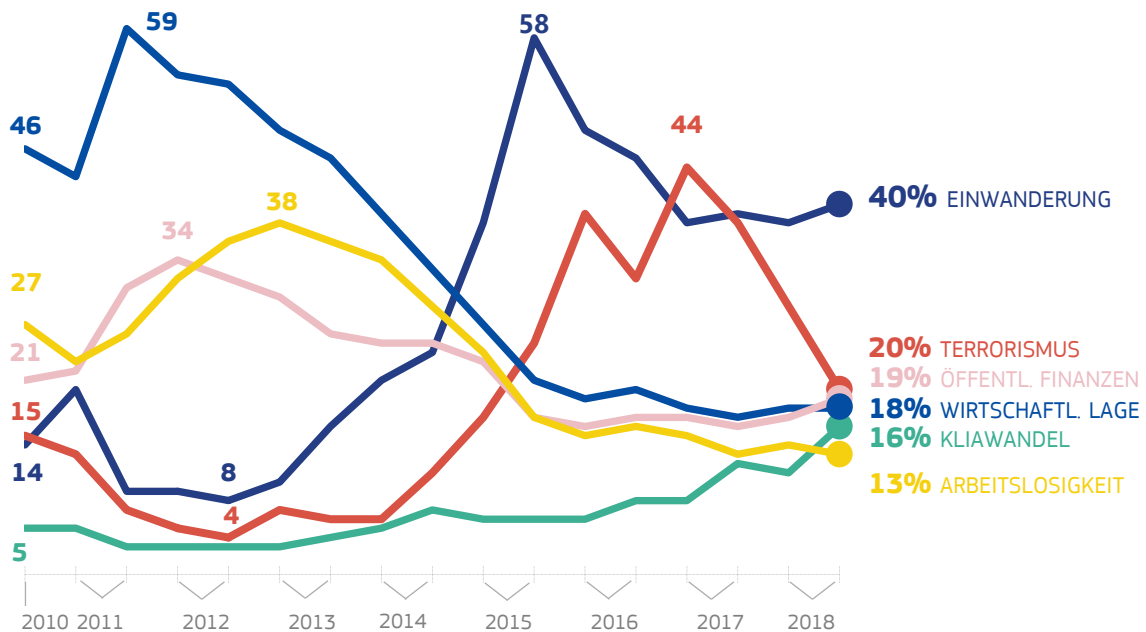


Online-Konsultation

**„Welche auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen würden Sie stolzer machen, zur Europäischen Union zu gehören?“
(Offene Frage)**

Die Antworten wurden mithilfe von Techniken des Text-Mining (Textschürfen) thematisch gegliedert. Die Größe der Kreise ist proportional zu ihrer Häufigkeit, und ihre Anordnung gegenüber anderen entspricht der thematischen Nähe.

Die Standard-Eurobarometer-Umfrage aus dem November 2018 bestätigt, dass globale Fragen die vorderen Plätze belegen, wenn die Teilnehmer aufgefordert werden, aus einer Liste von vierzehn Problemen die wichtigsten Herausforderungen für Europa auszuwählen. Die Migration wird immer noch am häufigsten genannt. Gleichwohl ist nun, da die Migrationssteuerung Wirkung zeigt, ein deutlicher Rückgang gegenüber 2015 festzustellen. Dem entspricht, dass in den Bürgerdialogen im Jahr 2019 weniger Fragen zu diesem Thema gestellt wurden. Der Terrorismus landete auf dem zweiten Platz der Prioritäten. Zum ersten Mal gehört der Klimawandel zu den fünf meistgenannten Themen.



Standard-Eurobarometer, Herbst 2018

**„Was sind Ihrer Ansicht nach derzeit die wichtigsten Herausforderungen, vor denen die EU steht?“
(Höchstens zwei Antworten aus einer Liste von vierzehn Vorschlägen)**

In der Grafik sind nur die sechs am häufigsten ausgewählten Antworten dargestellt.

Angesichts des Aufschwungs, in den die wirtschaftliche Erholung Europas in den letzten Jahren übergegangen ist, spielen **wirtschaftliche und soziale** Fragen eine weniger herausragende Rolle als vor der Amtszeit der Kommission Juncker. Dennoch ist die Notwendigkeit einer dynamischen Wirtschaft, die sich auf den digitalen Bereich, Forschung und Innovation sowie einen stabilen Euro-Raum konzentriert, ein sehr wichtiges Thema – ebenso wie der deutliche Wunsch nach einem hohen Maß an Fairness und sozialem Schutz.

Europa wird auch als ein Kontinent der Werte wahrgenommen, wo Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung von Korruption und die Nichtdiskriminierung hochgehalten werden müssen.

Der Brexit wurde in den letzten Monaten regelmäßiger diskutiert, aber insgesamt galt das Interesse der Teilnehmer an den Dialogen und der Online-Konsultation vor allem der Zukunft der EU der 27.

Insgesamt sollte sich die Europäische Union nach Ansicht der Debattenteilnehmer auf die **Themen konzentrieren, die bereits im Mittelpunkt der europäischen Agenda stehen**, insbesondere die zehn politischen Prioritäten der Kommission Juncker. Der Beitrag der Kommission zur strategischen Agenda und ihre Vorschläge für den langfristigen Haushalt der Europäischen Union spiegeln auch die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger wider.



1. Ein Europa, das schützt

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Debatte über die Zukunft Europas erwarten von der Europäischen Union mehrheitlich, dass sie für ihr Wohlergehen sorgt und ihre **sozialen Rechte** schützt. So fordern sie häufig eine Stärkung von Rechten und stellen Fragen zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle, zur Elternzeit und sonstigen sozialen Themen, darunter der Gesundheitsfürsorge. Viele Teilnehmer äußern sich besorgt über die steigende Ungleichheit und rufen zum Schutz der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft wie älterer oder gering qualifizierter Arbeitnehmer auf.

Dabei nehmen die Verbraucherrechte einen wichtigen Platz ein. Regelmäßig genannt werden auch die **Lebensmittelsicherheit** und die Qualität von Nahrungsmitteln. Die Bürgerinnen und Bürger vertreten die Ansicht, dass Handelsabkommen hohen Standards – auch im sozialen und im Umweltbereich – genügen müssen. Viele sind besorgt über die von ihnen als unfair empfundene Besteuerung, insbesondere wenn diese Großunternehmen begünstigt.

In erster Linie bezieht sich die Forderung nach einem Europa, das besser schützt, jedoch auf **Kriminalität und Sicherheit** mit einem besonderen Schwerpunkt auf Terrorismus. Die Korruptionsbekämpfung wird ebenfalls häufig genannt.

“ Produkte aus Drittländern sollten nur in die EU dürfen, wenn sie dieselben Qualitätsstandards einhalten.

Online-Teilnehmerin aus Spanien

Wir brauchen eine soziale und steuerliche Harmonisierung, um den unfairen Wettbewerb innerhalb Europas zu beseitigen.

Online-Teilnehmer aus Frankreich

Die EU sollte Menschen helfen, die in Armut leben.

Bürgerdialog in Ljubljana, Slowenien

”

- Seit Amtsantritt der Kommission Juncker wurden über 125 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.
- Beim Aushandeln von Freihandelsabkommen schützt die Europäische Kommission sensible Sektoren und geht bei Sicherheitsstandards keine Kompromisse ein. Menschenrechte, die Rechte von Arbeitnehmern und Grundrechte stehen ebenso wie Nachhaltigkeit im Mittelpunkt unserer Handelspolitik.
- Im Zeitraum 2014 bis 2020 stellte die Europäische Union dem Europäischen Sozialfonds 86,4 Mrd. EUR zur Verfügung.
- In der von der Kommission vorgeschlagenen Überarbeitung der Regelungen zur Entsendung von Arbeitnehmern wurde der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ eingeführt.



2. Bewältigung der Migration

Die Migration bereitet vielen Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor Sorgen, aber das Thema wurde in den letzten Monaten weniger häufig angesprochen.

Die Meinungen sind polarisiert und spiegeln die Vielfalt der Standpunkte wider, die die Europäerinnen und Europäer zu den Themen Migration und Asyl vertreten. Eine beträchtliche Zahl von Teilnehmern spricht sich für die Beendigung der **irregulären Migration** oder die Rückführung von Migranten, die kein Recht auf Aufenthalt in der EU haben, aus.

Viele fordern eine gastfreundlichere Europäische Union oder Maßnahmen, um dem Sterben im Mittelmeer ein Ende zu setzen. Ebenfalls thematisiert werden die Integration der Migrantinnen und Migranten sowie die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern, insbesondere in Afrika. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer rufen zur Solidarität unter EU-Ländern auf oder betonen die Notwendigkeit, die Kontrollen an den Land- und Seegrenzen zu harmonisieren. Zahlreiche Teilnehmer an den Dialogen äußern sich besorgt über eine manipulative und übermäßig vereinfachende Rhetorik, die in Diskussionen zu diesen Themen eingesetzt werde.

“ Menschen außerhalb Europas brauchen Hilfe, weil in ihrem Land Krieg oder Hunger herrscht. Wir können ihnen helfen.
Online-Teilnehmerin aus Österreich

Zusätzlich zu Flüchtlingen kommen Menschen aus anderen Teilen der Welt, die vor der Armut fliehen. Arbeitet die EU mit diesen Ländern zusammen, um sie bei ihrer Entwicklung zu unterstützen?
Bürgerdialog in Msida, Malta

Es sollte eine europäische Politik zur gemeinsamen Verwaltung und zum gemeinsamen Schutz der Land- und Seegrenzen entworfen und umgesetzt werden.
Online-Teilnehmer aus Zypern

”

- Die irregulären Grenzübertritte in die Europäische Union sind auf den Stand vor der Krise zurückgegangen.
- Die Operationen der Europäischen Union haben seit 2015 über 730 000 Menschen das Leben gerettet.
- Die Europäische Grenz- und Küstenwache unterstützt die bestehenden Kapazitäten der Mitgliedstaaten mit über 900 Grenzbeamten. Sie könnte in der Zukunft auf bis zu 10 000 Grenzbeamte aufgestockt werden.
- Die Europäische Union finanziert Programme in Drittländern, um die Ursachen irregulärer Migration zu bekämpfen.



3. Eine dynamische Wirtschaft

Die Teilnehmer an der Debatte über die Zukunft Europas interessieren sich in steigendem Maße für die neuen Trends, die die Wirtschaft der Zukunft gestalten. Viele äußern ihre Besorgnis darüber, wie Europa als Ganzes und die einzelnen Menschen sich an die **dynamische** Wirtschaft anpassen sollen.

Zahlreiche Fragen gelten der **digitalen Wirtschaft und ihren Folgen** für den Erwerb von Kompetenzen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und den Schutz personenbezogener Daten, wobei vielfach gefordert wird, die dominante Position der Marktriesen zu regulieren. Auch die künstliche Intelligenz und die Robotik nehmen unter den Anliegen der Teilnehmer vordere Plätze ein; von Europa wird dabei erwartet, Chancen zu ergreifen und zugleich mögliche Risiken zu begrenzen.

Ein weiteres beliebtes Thema sind die Kreislaufwirtschaft und ihr potenzieller Nutzen.

In diesem Zusammenhang wird oft thematisiert, dass **Forschung und Innovation** vorrangig gefördert werden sollten, und es wird die Frage aufgeworfen, wie Finanzierung und Investitionen speziell für kleine und mittlere Unternehmen besser zugänglich gemacht werden können. Besonders in den Regionen wird darüber diskutiert, welchen Nutzen der EU-Haushalt bringt.

Die **Freizügigkeit** innerhalb der Europäischen Union wird von einer großen Mehrheit als Trumpf für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger selbst wahrgenommen. Der Euro, der Binnenmarkt und der internationale Handel werden überwiegend als Chancen für Unternehmen und Verbraucher gesehen, obwohl einige die Einfuhr von Produkten niedriger Qualität in die Union fürchten.



Es sind Investitionen in Forschung und Innovation sowie in Bildung notwendig.
Online-Teilnehmer aus Deutschland

Wann werden wir weltweit führende digitale Champions in der Europäischen Union haben?
Bürgerdialog in Luxemburg

Wir sollten die Lücke zwischen ländlichen Gebieten und Großstädten beim Hochgeschwindigkeitsinternet schließen.
Bürgerdialog in Jasinka, Polen



- Die Wirtschaft der Europäischen Union wächst nun seit sechs Jahren in Folge.
- Durch den 2014 ins Leben gerufenen Juncker-Plan wurden 400 Mrd. EUR an zusätzlichen Investitionen mobilisiert, die nahezu einer Million kleinen und mittleren Unternehmen zugute kamen.
- Die Europäische Kommission schlägt vor, die Investitionen in Forschung und Entwicklung im nächsten langfristigen Haushalt um 50 % zu erhöhen.
- Die Europäische Union setzt derzeit eine Strategie zur Entwicklung der digitalen Wirtschaft um.



4. Klima- und Umweltschutz

Die Besorgnis über den Klimawandel und den Schutz der Umwelt wächst.

Insgesamt haben die Europäerinnen und Europäer nur wenig oder gar keinen Zweifel daran, dass der Klimawandel wenigstens teilweise durch menschliche Aktivitäten bedingt ist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerdialoge wollen nicht nur mehr darüber wissen, wie die Europäische Union diese globale Herausforderung angeht, sondern auch darüber, welchen Beitrag sie selbst leisten können.

Die Pläne zur Senkung der Treibhausgasemissionen sind ganz wichtige Themen für die Bürgerinnen und Bürger. Trotz großer Besorgnis waren jedoch auch hoffnungsvolle Aussagen zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zu Investitionen in die grüne Wirtschaft und zu Innovationen zum Schutz der Umwelt zu verzeichnen.

In den Bürgerdialogen werden viele Fragen zum Thema **Abfallbewirtschaftung** (insbesondere **Plastikmüll**), zu **Pestiziden**, zur Biodiversität und zum **Tierschutz** gestellt.

“

Der Kampf gegen den Klimawandel sollte die oberste Priorität der Politik werden.
Bürgerdialog in Lissabon, Portugal

Die EU sollte drastische Maßnahmen zur Rettung unserer Ozeane treffen.
Bürgerdialog in Nicosia, Zypern

Chemische Produkte, die schädlich für die menschliche Gesundheit sind, sollten beseitigt werden.
Online-Teilnehmer aus Kroatien

”

- Die Europäische Union ist die einzige große Volkswirtschaft, die ihre Zusagen im Rahmen des Übereinkommens von Paris vollständig in bindende eigene Rechtsvorschriften umsetzt.
- Von 1990 bis 2016 wurden die Treibhausgasemissionen um 22 % reduziert, während die Wirtschaft der Union um 54 % wuchs.
- Die Europäische Union legte die weltweit erste umfassende Strategie für Kunststoffe mit konkreten Maßnahmen zum Verbot wichtiger Einwegartikel aus Plastik vor.
- Die Kommission begrenzt die Exposition gegenüber krebserregenden Chemikalien am Arbeitsplatz, was in den nächsten 50 Jahren über 100 000 Leben retten wird.



5. Ein Europa der Werte

Europäische Werte und die europäische Identität sind für viele Teilnehmer nach wie vor wichtig. Die Europäische Union wird überwiegend als Friedensprojekt sowie als Raum der Freiheit und der Grundrechte wahrgenommen. Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußerten sich besorgt über die Korruption und über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten und riefen die Europäische Union dazu auf, zu reagieren.

Der Begriff der Solidarität ist ein dauerhafter Themenschwerpunkt. Die Gleichheit von Männern und Frauen und die Nichtdiskriminierung werden als wesentliche Säulen unserer Gesellschaft angesehen.

Obwohl das **Vertrauen in die Organe der Europäischen Union** seit 2014 zunimmt, sehen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer sie immer noch als zu bürgerfern an und erwarten von ihnen mehr Effizienz und Transparenz.

In einigen Beiträgen wird dazu aufgerufen, die Bürgernähe der Europäischen Union zu verbessern. Dies umfasst nicht nur den kulturellen Austausch, das Lernen von Fremdsprachen und Unterricht zu Europa in den **Schulen**, sondern auch den Einsatz europäischer Symbole wie der Flagge und des Europatags.

Einige Monate vor den Europawahlen verleihen einige Teilnehmer auch ihrer Befürchtung Ausdruck, der demokratische Prozess könnte durch **Desinformation** untergraben werden. Sie wünschen sich mehr Informationen über die Union, um sie besser verstehen und **Entscheidungen beeinflussen** zu können.

“ Sexuelle Minderheiten haben ein Recht auf Sicherheit und ein Leben ohne Gewalt.
Online-Teilnehmerin aus Spanien

Desinformationsattacken von außen, etwa Fake-Accounts in sozialen Medien und Trollangriffe, könnten zum Problem für die Regierung, die Organe der EU und alle Bürger werden.
Bürgerdialog in Tallinn, Estland

Wir sprechen zu viel von einer bürgerfernen und abgehobenen EU. Dabei sind wir die EU, und wenn wir uns nicht engagieren, uns nicht in die Politik und die Debatten einbringen, können wir nicht hoffen, dass die EU bürgernäher wird.
Bürgerdialog in Ljubljana, Slowenien

”

- Bei der Gleichheit der Geschlechter und der Bekämpfung von Diskriminierungen gehört die Europäische Union zu den fortschrittlichsten Regionen der Welt.
- Durch den neuen Verhaltenskodex für die Mitglieder der Europäischen Kommission wurde sichergestellt, dass Amtsträgerinnen und Amtsträger in Europa und außerhalb die höchsten ethischen Standards einhalten müssen.
- Die im Mai 2018 in Kraft getretene Reform der Datenschutzvorschriften ist ein wichtiger Schritt hin zur Stärkung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger im digitalen Zeitalter.
- Es wurden neue Vorschriften zur Erhöhung der Transparenz in Wahlkämpfen erlassen, die auch Sanktionen bei Nichteinhaltung vorsehen.



6. Eine Perspektive für die jüngere Generation

An den Bürgerdialogen nehmen zahlreiche junge Menschen und Studierende teil. Sie fordern mehr Einfluss auf die Politikgestaltung, insbesondere angesichts der jüngsten Zunahme des jugendlichen Aktivismus im Zusammenhang mit dem Klimawandel.

Im Zusammenhang damit werden Themen wie **Mobilität**, **Bildung** und Austauschprogramme angesprochen. **Erasmus** wird durchgehend und ausdrücklich als Beispiel genannt, für das viele Teilnehmer mehr Haushaltsmittel fordern. Die **Jugendarbeitslosigkeit** bleibt eine Hauptsorge junger Menschen, und viele sehen die Europäische Union in einer Schlüsselrolle bei der Anpassung von Ausbildungsvorschriften an neue Tendenzen wie die digitale Wirtschaft.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlagen die Einführung gemeinsamer Lehrpläne und die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen vor und sind der Meinung, dass die **Schule** der geeignete Ort ist, wo Wissen über Europa vermittelt und der jungen Generation die **gemeinsamen Werte** Europas erfahrbar gemacht werden sollten.

“ Der Austausch unter Schulen sollte durch gemeinsame Arbeitsprojekte mithilfe von Technologien wie virtuellen Klassenräumen ausgebaut werden. Auf diese Weise könnten wir andere Arbeitsmethoden und andere Kulturen entdecken.

Online-Teilnehmerin aus Frankreich

Es sollte ein Kurs in staatsbürgerlicher Bildung über grundlegende moralische Normen, Toleranz und das Verständnis der Verwaltung auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene eingeführt werden.

Online-Teilnehmer aus Irland

”

- Dank Erasmus konnten bereits über neun Millionen Menschen im Ausland studieren, eine Ausbildung absolvieren, reisen, Freiwilligentätigkeiten ausüben oder sonstige Erfahrungen sammeln. Die Kommission schlägt vor, die Mittel für den Zeitraum 2021 bis 2027 auf 30 Mrd. EUR zu verdoppeln.
- Im Anschluss an entsprechende Vorschläge der Kommission haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen zu fördern und Schlüsselkompetenzen wie unternehmerische und digitale Fähigkeiten zu stärken. Außerdem sollen die inklusive Bildung, die gemeinsamen Werte Europas und die europäische Dimension im Unterricht gefördert werden.
- Die für die Jahre 2014 bis 2020 mit fast 9 Mrd. EUR ausgestattete Beschäftigungsinitiative für junge Menschen unterstützt junge Menschen, die keine Möglichkeit zu Bildung, Beschäftigung oder Ausbildung hatten.



7. Eine stärkere EU in der Welt

Viele Bürgerinnen und Bürger fordern, dass die Europäische Union ihre außenpolitischen Maßnahmen stärker koordiniert und konsolidiert. Sie wünschen sich sowohl eine gemeinsame Außenpolitik als auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Gefordert wird die Zusammenlegung von Ressourcen für Forschung und Innovation, von einigen auch eine europäische Armee.

Die Europäische Union wird häufig mit dem Rest der Welt verglichen und für die Rolle gelobt, die sie auf der internationalen Bühne spielt. In einer Eurobarometer-Umfrage vom November 2018 waren 76 % der Befragten der Ansicht, die Union sei ein Ort des Friedens in einer unruhigen Welt.

Es wurde oft auf andere Weltmächte wie Russland, China und die Vereinigten Staaten verwiesen, gelegentlich im Zusammenhang mit Sorgen um die Cybersicherheit oder den Handel. Die Teilnehmer wünschen sich, dass Europa ein gleich starker, von Grundsätzen geleiteter Akteur in der globalen geopolitischen Arena werden solle. Einige Teilnehmer fordern, die Union müsse mit **einer Stimme** sprechen, andere schlagen vor, die Außenpolitik der Mitgliedstaaten zusammenzulegen.

“ Ich hoffe, der EU gelingt es, eine einheitliche Front zu bilden, die für Solidarität, kulturelle Vielfalt, Rechtsstaatlichkeit und Umweltschutz steht.
Online-Teilnehmerin aus Frankreich

Eine Harmonisierung der verteidigungs- und außenpolitischen Ziele würde es der Europäischen Union ermöglichen, sich auf politischer Ebene so Gehör zu verschaffen, wie es ihrem wirtschaftlichen Gewicht entspräche.
Online-Teilnehmer aus Ungarn

Wir brauchen einheitliche technische Standards in der Rüstungsindustrie, um Mittel einsparen und sie effizienter einsetzen zu können.
Live-Dialog auf Facebook

”

- Die Europäische Union ist bei der Verteidigung einer auf Regeln beruhenden internationalen Ordnung ein verlässlicher Partner.
- Auf die Union und ihre Mitgliedstaaten entfällt weltweit mehr als die Hälfte der Entwicklungszusammenarbeit. Die humanitäre Hilfe der EU erreicht jedes Jahr über 120 Millionen Menschen.
- Die Europäische Union führt derzeit 16 militärische und zivile Missionen in aller Welt durch.
- Die Europäische Union hat Arbeitsprogramme zur Mitfinanzierung gemeinsamer Industrieprojekte im Verteidigungsbereich im Zeitraum 2019-2020 verabschiedet. Für den nächsten langfristigen EU-Haushalt hat die Kommission einen mit 13 Mrd. EUR dotierten Europäischen Verteidigungsfonds vorgeschlagen.

Bürgerschaftliches Engagement und Politikgestaltung

In einer sich rasch wandelnden Welt ist den europäischen Bürgerinnen und Bürgern bewusst, vor welchen globalen Herausforderungen Europa steht, aber auch, welche Trümpfe es in der Hand hält.

Sie haben hohe Erwartungen an die Europäische Union, die, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, an ihren Werten festhalten, ihre Bürgerinnen und Bürger schützen und sich auf der internationalen Bühne zu Wort melden sollte. Ihre Anliegen stehen bereits im Mittelpunkt der Maßnahmen der Europäischen Kommission.

Die Debatte zeigte, dass die Teilnehmer den Wandel in vorderster Linie mitgestalten können: Sie interessieren sich für die Kreislauf- und die digitale Wirtschaft sowie für neue Methoden der demokratischen Teilhabe.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen ein Europa, das sich durch Wettbewerbsfähigkeit, Fairness und den Schutz der Bürger auszeichnet und seine Rolle in der Welt voll wahrnimmt, insbesondere beim Kampf gegen den Klimawandel und für den Schutz der Umwelt. Eingedenk dieses Aufrufs für ein florierendes Europa hat die derzeitige Kommission seit 2014 immer wieder die Initiative ergriffen und ihren Beitrag zur strategischen Agenda erstellt die im Juni 2019 von den europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedet wird.

Die Debatte über die Zukunft Europas zeigte auch, wie sehr es vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Anliegen ist, ihren Standpunkt kundzutun und aktiver am politischen Prozess mitzuwirken. Zu den vielen Instrumenten, die ihnen dies ermöglichen, gehören auch die öffentlichen Konsultationen und die europäischen Bürgerinitiativen. Aber auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen tragen entscheidend dazu bei, dass alle Stimmen gehört werden können. Alle Einrichtungen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene, aber auch die Zivilgesellschaft selbst sind dafür zuständig, Dialoge und Konsultationen zu veranstalten. Die repräsentative Demokratie ist unersetzlich, aber die Entwicklung neuer Formen des bürgerschaftlichen Engagements kann ihr nur nützen.

DISKUTIEREN SIE MIT!

Nehmen Sie an der Debatte zur Zukunft Europas teil.



Die Kommission haftet nicht für etwaige Folgen der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2019
© Europäische Union, 2019

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für die Verwendung oder den Nachdruck von Fotos oder anderem Material, an dem die Europäische Union kein Urheberrecht hält, ist eine Genehmigung direkt bei den Urheberrechtssinhabern einzuholen.

NACHWEISE

Alle Fotos © Europäische Union, falls nicht anders angegeben

